Machtänderung:
Wie die EU demokratisch, sozial und ökologisch werden kann

Erich Kowald

Es gibt viele Menschen, die in der EU eine Institution sehen, welche die Menschen Europas in Frieden vereint. Und die der Grund für einen allgemeinen Wohlstand ist.

Seit der Finanzkrise 2007 ist aber sichtbar, daß die EU-Struktur und die Vertreter der EU-Institutionen ganz andere Punkte priorisieren:
Die höchste Priorität haben die Interessen die Konzerne, Finanzbranche und der wirklich Reichen.

Was spricht für diese These ?

Während Staaten wie Irland, Griechenland und Portugal gezwungen werden, die Verluste der privaten Banken zu übernehmen, wurden Regulationsmittel wie die Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene erstmals abgelehnt und im zweiten Anlauf so reduziert, daß sie keine Verteuerung der Spekulation bewirken kann.

Wie schaut die aktuelle Struktur und Politik der EU aus ?

Vor allem in 4 Bereichen kann diese einseitige Ausrichtung der EU-Struktur und der Politik ihrer Vertreter bemerkt werden:

a) *Es werden primär die Wirtschaftsinteressen der Konzerne und Finanzbranche vertreten und umgesetzt*

   Man darf nicht vergessen, daß sich die EU aus verschiedenen Handelsverträgen entwickelt hat. Nur die Verträge über die Montanunion hatten auch einen politischen Aspekt.
   Als im Laufe der 80er Jahre, die großen europäischen Konzerne (European Round Table of Industrialists) einen Binnenmarkt einforderten, wurde auch eine Stärkung der politischen Komponente umgesetzt.
   Diese starke wirtschaftliche Ausrichtung geht weiter im Bemühen der EU-Kommission Sonderrechte für Konzerne durchzusetzen (TTIP, CETA, …), sowie die (niemandem verantwortliche) gegenseitige Regulierungs- und Harmonisierungsbehörde für US- und EU-Gesetze. Die Geheimhaltung, die Nichtinformierung von nationalen Politikern, von EU- und nationalen Parlamenten läßt vermuten, daß die sich die Kommission nicht als Vertretung der Allgemeinheit sieht.

b) *Es werden imperiale Interessen auf verschiedene Weise vertreten*

   Ein Mittel dafür sind Assoziations- oder Freihandelsverträge, die keinerlei Rücksicht auf die schwächeren Partnerwirtschaften nehmen. Sie sind für die schwächere Wirtschaft eher ein neoliberales Privatisierungs- und Unterwerfungsprogramm.
   Ein anderes Mittel sind direkte militärische Einsätze. Diese können gemeinsam geschehen, wie gegen die somalischen Piraten. In den Jahren davor war man nicht bereit, die somalischen Fischer gegen das illegale Abfischen in somalischen Gewässern durch Fischereiflotten aus der EU zu schützen.

Meistens sind aber nur einzelne EU-Länder militärisch aktiv (wie gegen Lybien und Syrien) und die anderen EU-Länder unterstützen sie mit einer akkordierten Außenpolitik.

c) *Die Neoliberale Ideologie beherrscht die Wirtschaftspolitik, selbst wenn sie nachweislich nichts bringt.*

Hier komm als zusätzlicher Teilnehmer die EZB hinzu. Obwohl sie vorgeblich unpolitisch agieren soll, hat die EZB die irische Regierung gezwungen beim Finanzcrash auch die Schulden der irischen Töchter ausländischer Banken zu übernehmen.
Bei den Verhandlungen mit der griechischen Szyriza-Regierung wurde diese unter Druck gesetzt, als die EZB erklärte, bis auf weiteres keinerlei griechische Staatsanleihen mehr zu kaufen.
Die EU-Kommission wiederum sorgt mit Vorgaben, daß verstaatlichte Banken in eine Bad Bank (die beim Staat bleibt) und einen überlebensfähigen Rest geteilt wird. Letzterer Teil muß aufgrund von engen Verkaufsterminvorgaben durch die Kommission meist unter Wert verkauft werden.
Die deutsche Regierung ist federführend bei der Politik des Sparzwanges und der Ausarbeitung von Sparkorsetts für die anderen Regierungen.
Und sie alle sorgen in Form der Troika (mit dem IWF), daß in den betroffenen Ländern (durch Gehaltskürzungen, Aufweichung von Arbeits- und Sozialrechten, Abbau staatlicher Sozialausgaben, forcierte Privatisierung, ...) die Binnenwirtschaft erfolgreich abgewürgt wird.
Obwohl die Troika-Politik keinerlei Marktaufschwung erreicht und den betroffenen Ländern für den Großteil der Bevölkerung Elend und Verarmung bringt, wird sie Jahr für Jahr wiederholt.
Dabei wissen die Ökonomen, daß die Binnenwirtschaft 70-90% des BIPs ausmacht (wenn der EU-Binnenhandel dazugezählt wird). Wie sollen die 10-30% des Exportsektors das auffangen ? Vor allem, wenn alle Länder zugleich anfangen bei den Importen zu sparen ?

d) *Die vielgelobten 4 Wirtschaftsfreiheiten der EU haben durch ihren Absolutheitsanspruch auch Auswirkungen auf die Bereiche Politik, Soziales und Ökologie*

Die einzelnen Staaten haben zwar im politischen, sozialen und ökologischen Bereich weiterhin ihre nationale Souveränität, nur dürfen deren Regelungen nicht den 4 Freiheiten widersprechen oder diese einschränken.
So durfte Griechenland keine langfristigen Kapitalverkehrskontrollen (wie es Island zur selben Zeit machte) einführen. Dabei wäre es sinnvoll gewesen, um vielleicht auf diese Weise ein Abfließen von Gewinnen und Schwarzgeldern zu verhindern.
Die LKW-Maut müßte eigentlich höher sein, gemessen an den Straßen- und Umweltschäden. Oder wenn die Politik vielleicht den Güterverkehr von der Straße auf die Schiene bringen möchte. Das würde aber die Freiheit des Warenverkehrs einschränken.

e) *Bekannt ist auch, daß die Rats- und Kommissionsstruktur, mit dem eingeschränkten EU-Parlament nicht die demokratischen Anforderungen erfüllt, die an Beitrittsstaaten gestellt werden.*

Welche Änderungen wären notwendig, wenn die EU demokratisch, sozial und ökologisch werden sollte ?

Verständlich, daß manche Menschen (bei dieser EU-Struktur) am liebsten die Reißleine ziehen würden, um eine weitere Verarmung und Ausbeutung der Allgemeinheit zu verhindern.
Damit diese Radikallösung nicht notwendig wird, braucht es folgende Änderungen:

1. *In den EU-Verträgen gehören endlich demokratische, soziale und ökologische Vorgaben als anerkannte Pflichtpunkte verankert und nicht mehr als schwammig formulierte Möglichkeiten.*
   Dann wäre zum Beispiel die Lohn- und Gehaltsstruktur vom Empfängerland bindend, um ein weiteres Lohndumping zu unterbinden.
   In der Verkehrspolitik könnte dies eine Verteuerung des Straßengüterverkehrs zugunsten der Bahn bedeuten (siehe oben).
   Bei Ausschreibungen könnte das Bestbieterprinzip statt dem billigsten Ausbeuter vorgeschrieben sein.
   Bei internationalen Verträgen müßten beide Seiten die ILO-Konventionen anerkennen und umsetzen. In den ärmeren Ländern würde das Gehaltsverbesserungen bringen, in den reicheren Ländern könnte es das Verschieben der Arbeitsplätze in billigere Länder reduzieren.

2. *Es wäre auch die Entzauberung des EU-Mythos wichtig, daß die EU für die Friedensphase von 1945-1990 in Europa verantwortlich ist*
   Das es in dieser Zeit so wenige Kriege in Europa gegeben hat, lag daran, daß Europa in dieser Zeit von zwei Machtblöcken dominiert worden ist. Beide hatten genug Vernichtungspotential um die Erde mehrfach in eine zerstörte radioaktive Kugel zu verwandeln. Und die jeweiligen Supermächte sorgten dafür, daß es im eigenen Lager ruhig blieb.
   Die EU gibt es erst seit den 90er Jahren. Vorher waren die Länder mit verschiedenen Handelspakten miteinander verbunden, schön nach Militärpakt getrennt. Der einzige dieser Verträge, der etwas zum Frieden im westlichen Europa beigetragen hat, ist die Montanunion. Dieser sorgte dafür, daß das Mißtrauen Frankreichs und der Benelux-Länder gegenüber Deutschland (und umgekehrt) im Laufe der Zeit schwand.

3. *Die Sparzwangpolitik und mir ihr die einschränkenden bilateralen Verträge (Fiskalpakt, …) gehören beendet*
   Wie schon oben erwähnt, macht der Binnenhandel 70-90% des BIPs aus. Da macht es keinen Sinn diesen Bereich wirtschaftlich abzuwürgen und zu hoffen, daß die 10-30% des Exportsektors alles auffangen.
   Bei Griechenland hat die Troika-Politik zu einem Rückgang des BIP ~25% seit 2010 geführt.
   In diesem Zusammenhang gehört auch die Wirtschaftspolitik Deutschlands an den Pranger. Seit Einführung des Euros haben sich die jeweiligen deutschen Regierungen nicht an die jährlichen Vorgaben der EZB für Lohnerhöhungsquote, Inflationsrate und maximal erlaubtem Handelsüberschuß gehalten. Dadurch hat sich Deutschland auf Kosten aller anderen Euro-Länder jahrelang einen immer größer werdenden Wettbewerbsvorteil verschafft. Und war damit einer der Mitauslöser für die aktuellen Probleme von Griechenland, Portugal, Italien, Frankreich, …

4. *Abschwächung der 4 Freiheiten, sowohl in ihrem absoluten, als auch in ihrem relativen Geltungsbereich*

   Wie schon oben angeführt, engt die strikte Auslegung der 4 Freiheiten die Politik in ihrer Gestaltung ein.
   So sollte die Kapitalsverkehrskontrolle wieder eingeführt werden, um Gewinn- und Schwarzgeldverschiebungen zu erschweren.
   In Zeiten der Erdölknappheit wäre eine Förderung der Bahn und lokale Verarbeitung sinnvoller als Just-in-Time LKW-Transport und z.B.: Kartoffelchip-Verarbeitungsprozeß verteilt auf mehrere Länder.

5. *Die EU-Strukturen gehören demokratisiert*

   Es darf nicht sein, daß das EU-Parlament im Bereich der Sicherheitspolitik oder der Jusitzzusammenarbeit nicht mitentscheiden darf.
   Es darf auch nicht sein, daß wichtige Entscheidungen, wie die Finanzkorsetts für die Euro-Länder (Fiskalpakt, Two-Pack, Europäisches Semester, …) völlig am EU-Parlament vorbeigehen.
   Daher ist insbesonders der Trilog zu hinterfragen, der einem Abgeordneten das Recht gibt, die Politik der anderen Parlamentarier (ohne offene Diskussion und Abstimmung) festzulegen.
   Natürlich gehört dem EU-Parlament endlich das Recht gegeben, eigene Gesetzesanträge einzubringen und diese nicht länger von der EU-Kommission erbetteln zu müssen.
   Auch die legislativen Rechte der Räte gehören abgeschafft. Die schizophrene Situation der Minister, im eigenen Land Exekutive zu sein und in Brüssel Legislative (ohne irgendeine demokratische Kontrolle), schadet oft deren Demokratieverständnis.
   Hier gehören die legislativen Rechte in die nationalen Parlamente verlagert. Das würde auch den Wissens- und Einflußvorsprung bezahler Lobbyisten reduzieren.
   Die EU-Kommission gehört vom Einfluß des Rats der Regierungschefs gelöst und stärker in die Abhängigkeit des EU-Parlamentes gebracht.
   All dies sollte dazu führen, daß die EU denselben Status an Demokratisierung erreicht, wie es bei den EU-Mitgliedslöndern Voraussetzung ist.

6. *Auch die EZB-Politik gehört neu definiert*

   Es darf nicht sein, daß die Zentralbank der EU die Interessen der Finanzbranche und maroder Banken zulasten der Eigentümer (Allgemeinheit und Euro-Länder) vertritt.

Diskussionsfragen:

- Kann die EU sich noch in eine demokratische, soziale und ökologische Union verwandeln ?
- Gibt es in EU-Institutionen, bei Politikern, bei EU-Abgeordneten den Willen zu so einer Änderung ?
- Wer profitiert von der aktuellen EU-Struktur und EU-Politik ?
- Wie könnte man diese Profiteure für eine Änderung ins Boot holen ?
- Wenn das nicht klappt, wie könnte man dann eine Änderung der EU in eine demokratische, soziale und ökologische Union erreichen ?